

Liebe GenossInnen und Genossen!

In den letzten Wochen fanden mehrere Hausdurchsuchungen im Umkreis Stuttgarts statt, die sich gegen die Kurdische Linke richteten und in deren Verlauf es zu mehreren Festnahmen kam.

Dieser Vorfall reiht sich ein in eine jahrzehntelange Verfolgung des Widerstandes der kurdischen Bevölkerung.

Um die Tragweite und die Zusammenhänge zwischen

- der Verfolgung der kurdischen Linken in Deutschland und
- der militärischen Verfolgung der kurdischen Bevölkerung durch die türkische Regierung und
- der seit Frühjahr diesen Jahres erneut eskalierten Situation in den kurdischen Gebieten der Türkei

verstehen zu können muss man einen Blick auf die vergangenen Jahre werfen, auch wenn wir das in dieser Rede natürlich nur fragmentarisch tun können.

Seit dem am 01.Juni aufgekündigten Waffenstillstand befinden sich die militärischen Operationen auf einem Höhepunkt und es herrscht wieder Krieg. Bereits vor drei Wochen hatte der türkische Ministerpräsident Erdogan gedroht (Zitat) „die PKK Guerilla in ihrem eigenen Blut zu ertränken und die Organisation auszulöschen“.

So werden aktuell Dörfer von der türkischen Armee bombardiert.

Auch auf Bauern wird das Feuer eröffnet, mehrere Zivilisten wurden in den letzten Wochen getötet. Gewählte Bürgermeister werden in Handschellen abgeführt.

Hunderte Kinder und Jugendliche werden wegen Steineschmeißens auf Panzer als angebliche Terroristen zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt.

Freiheitskämpfer werden grausam gefoltert, ermordet und ihre Leichen anschließend verstümmelt.

Der Juni war somit der blutigste Monat seit dem aufgekündigten Waffenstillstand.

Doch bereits davor, machte die türkische Regierung deutlich dass sie nicht an einer politischen Lösung des Konflikts interessiert ist und missachtetete das Friedensabkommen der kurdischen Bewegung..

So wurden während des 13 Monate andauernden Friedensabkommens tausende legal arbeitende kurdische Genoss_innen verhaftet, teilweise gefoltert und zu hohen Haftstrafen verurteilt.

Die legale kurdische Partei DTP wurde verboten. Auf Demonstrationen in den kurdischen Gebieten kommt es immer häufiger wieder zu brutalen Polizeiübergriffen und Schusswaffengebrauch gegen kurdische Demonstrant_innen.

Die militärische Unterdrückung der Bevölkerung, die Checkpoints, die Folterungen, die Einschüchterungen der Presse, die Vertreibungen und die Lynchmorde an Kurd_innen in der Westtürkei, sowie die Zerschlagung nahezu aller legalen Strukturen der kurdischen Linken gaben der Guerrilla nahezu keine andere Möglichkeit als den Waffenstillstand aufzukündigen um eine demokratische Autonomie zu erlangen.

Auch Deutschland nimmt bei der Verfolgung der kurdischen Bevölkerung eine wesentliche Rolle ein und steht Schulter an Schulter mit den faschistischen Angriffen der Türkei gegen die kurdische Bevölkerung.

So versorgt Deutschland die Türkei mit Waffen die zum Kampf gegen Linke und fortschrittliche

Kräfte, zum Kampf gegen die kurdische Bevölkerung eingesetzt werden.

Die Türkei ist der Abnehmer Nummer 1 der deutschen Rüstungsexporte. Allein in den Jahren zwischen 2000 und 2009 wurden so Rüstungsgüter im Wert von knapp 1,8 Milliarden Euro geliefert.

Während der Militärdiktatur in den 80er Jahren begann der BRD-Staat türkische und kurdische Linke zu verfolgen, einzusperren und teilweise an die Türkei auszuliefern.

Die Verfolgung der Kurd_Innen und Kurden in der BRD und die Deutsche Beihilfe für den Krieg der Türkei gegen seine kurdische Bevölkerung erreichten in den 90er Jahren eine neue Qualität.

Mit aus Deutschland gelieferten Waffen wurden in den 90er Jahren 6000 kurdische Dörfer ausgelöscht und über 40 000 Menschen ermordet. Manche von ihnen waren gezwungen in die Elendsviertel der Großstädte Diyarbakir, Ankara und Istanbul zu fliehen oder auch ins europäische Exil.

Denjenigen die nach Deutschland geflohen waren wurden dann mit dem 1993 eingeführten PKK Verbot kriminalisiert. Das waren über Nacht Zehntausende kurdische AktivistInnen. Denn nach den kurdischen Gebieten in der Türkei leben die meisten Kurdinnen hier in Deutschland.

Es folgten hunderte von §129 und §129a Verfahren.

1994 wurde der kurdische Jugendliche Halim Dener in Hannover beim Plakatieren von PKK-Plakaten von der Polizei erschossen.

In den letzten Jahren verschärfte sich die politische Repression gegen die kurdische Befreiungsbewegung und die türkische revolutionäre Linke sogar noch.

Seit Februar 2010 kommt es europaweit zu starken Repressionsschlägen gegen kurdische Strukturen. In Belgien wurde der kurdische Fernsehsender ROJ-TV und das kurdische Nationalparlament von der Polizei angegriffen. In Deutschland, Frankreich, Italien und Rumänien kam es zu Razzien an den sich hunderte Polizeibeamte beteiligten. Und in dessen Verlauf 30 Personen, darunter 8 kurdische Politiker festgenommen wurden.

Ob das ein Ergebnis des im letzten Jahre stattgefundenen Treffens zur Bekämpfung der PKK seitens der EU-Justizbehörde Eurojust in Istanbul ist, und ob auf diesem Treffen operative Maßnahmen gegen die PKK beschlossen wurden, dazu wollte sich die deutsche Bundesregierung aus (Zitat) „dem hier betroffenen Interesse der Allgemeinheit an der Gewährleistung einer funktionstüchtigen Strafrechtspflege“ nicht äußern.

Was eine funktionstüchtige Strafrechtspflege bedeutet haben wir auch in Stuttgart und Umgebung in den letzten Wochen feststellen können.

Immer wieder kommt es zu Angriffen auf KurdInnen und Kurden durch türkische FaschistInnen. Während diese in der Türkei oft mit Unterstützung der türkischen Polizei stattfinden, finden sie in Deutschland ohne eine weitreichende Verfolgung der Faschisten durch die Polizei statt.

Ganz Im Gegenteil wurden jetzt in den letzten Wochen mehrerer kurdische Jugendliche festgenommen, denen ein Übergriff auf eine offenbar faschistische Kneipe in Nürtingen vorgeworfen wird.

Erst letzten Donnerstag wurden in Stuttgart erneut 8 Jugendliche festgenommen.

Ihnen allen möchten wir heute in besonderem Maße unsere solidarischen Grüße übermitteln!

Wir verurteilen die Komplizenschaft Deutschlands mit der faschistoiden Türkei.

Wir verurteilen die Angriffe auf und Verhaftungen der kurdischen antifaschistischen Jugendlichen!

Gegen die Verfolgung des kurdischen Widerstandes und Befreiungskampfes!

Freiheit für die kurdischen Jugendlichen und alle politischen Gefangenen weltweit!

Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen Stuttgart

(www.no129.info, www.political-prisoners.net)

Stuttgarter Plattform „Weg mit den §§129 – Gegen die Kriminalisierung von MigrantInnen“

(AGIF, Anatolische Föderation, ATIF, ATIF-YDG, LB², Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen Stuttgart)